

**GLÖZ 8**

Am 28. Februar erhielt der BOG den Entwurf der „Zweiten Verordnung zur Durchführung der im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik geltenden Ausnahmeregelung hinsichtlich der Anwendung des Standards für den guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand Nummer 8 für das Antragsjahr 2024“. Diese ist eine 1:1 Umsetzung der EU-Ausnahmeregelung zur Aussetzung der Pflichtbrache von vier Prozent. Aus der Sicht des BOG ist die angestrebte Umsetzung positiv zu bewerten.

Es ist somit nach dem Verabschieden der Änderungs-Verordnung möglich GLÖZ 8 mit vier Prozent Zwischenfrüchte/Leguminosen zu erfüllen.

Zeitplan:

Die Änderungs-Verordnung bedarf der Zustimmung des Bundesrates, diese ist für den 22. März 2024 vorgesehen. Sie werden über weitere Details informiert, sobald wir die Änderungs-Verordnung in der fertigen Version vorliegen haben.

**Die Blumenhalle auf der Grünen Woche**

Auf über 3.000 Quadratmetern präsentierte sich in diesem Jahr die Blumenhalle unter dem Motto „City of colours“. Mit dem traditionellen Blumenhallenempfang am 18. Januar 2024 eröffnete der Zentralverband Gartenbau (ZVG) gemeinsam mit Landgard die Halle und begrüßte rund 800 Gäste, darunter Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir, zahlreiche Bundestagsabgeordnete und Landesminister. In diesem Jahr konnte sich die Obst- und Gemüse-Kampagne „Deutschland – Mein Garten.“ mit ihren neuen Motiven in der Blumenhalle präsentieren und ein Vorgeschmack auf den bevorstehenden Relaunch geben. Unter dem Motto „Aus der Nähe“ wird Obst und Gemüse mit Nahaufnahmen in den Fokus gerückt.

**Runder Tisch Export**

Der diesjährige Runde Tisch zu phytosanitären und saatgutrechtlichen Handelshemmnissen fand am 31. Januar im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) in Bonn statt. An der Veranstaltung nahmen neben dem Ausfuhrreferat 714 des BMEL auch Vertreter der Pflanzenschutzverbände, der Pflanzenschutzdienste der Länder und des Julius Kühn-Instituts (JKI) teil. Zu Beginn stellte die Referentin des BMEL, Dr. Anna Hoffmann-Reh, gemeinsam mit dem JKI die laufenden Eröffnungsverfahren vor und gab einen Sachstandsbericht.

Für Äpfel nach Taiwan konnte die Exportsaison nach positiver Bewertung der Monitoring-ergebnisse zur Mittelfruchtfliege fortgesetzt werden. Indien wurde Anfang November 2023 geöffnet und Vietnam hat für 2023 erstmals Einfuhrbedingungen vorgelegt, die der Wirtschaft bereits zur Kommentierung vorliegen. Für Südafrika und Südkorea gab es keine Fortschritte im vergangenen Jahr. Beide Länder haben dem BMEL lediglich bestätigt, dass die Dossiers, wie in den Vorjahren, geprüft werden. Auch in Brasilien hat das BMEL nachgefasst und sich nach dem aktuellen Stand der Dossierbewertung erkundigt. Das Brasilianische Ministerium bittet nun erneut um eine Aktualisierung des Dossiers, da eine Prüfung mit dem alten Dossier noch nicht erfolgte und mittlerweile zu alt ist. Das Dossier zur phytosanitären Risikoanalyse für deutsche Äpfel lag dem Land schon seit 2016 vor. Für China steht der beantragte Besuch des chinesischen Pflanzenschutzdienstes in Deutschland noch aus. Das BMEL wird sich in 2024 auf Brasilien, Vietnam und China konzentrieren und die dortigen Projekte weiter vorantreiben.

Im Vorfeld der Sitzung hat die BVEO Anträge für neue Marktzugangsverfahren gestellt. In diesem Jahr hat das BMEL leider keine neuen

Länder in das Arbeitsprogramm aufgenommen. Als Begründung werden die drei bzw. für das Alte Land derzeit vier Länder, deren Märkte geöffnet sind, genannt (Kanada, Thailand, Indien, Taiwan für ein Packhaus in Niedersachsen).

### **Fruit Logistica**

Die deutschen Erzeugerorganisationen für Obst und Gemüse präsentierten sich und ihre Produkte auf der Fruit Logistica 2024 traditionell in der Deutschlandhalle auf einem großen Gemeinschaftsstand im Design der produktübergreifenden Kampagne „Deutschland - Mein Garten.“. Auf den Verbandsveranstaltungen, der „BVEO-Traders Party“ und der „Blauen Stunde“, konnten zahlreiche Gäste aus Politik, Wirtschaft und befreundeten Institutionen empfangen werden.

In diesem Jahr konnte bedauerlicherweise kein Vertreter des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) die Gelegenheit zu einem Rundgang über den Gemeinschaftsstand wahrnehmen.

Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir hatte ursprünglich die Parlamentarische Staatssekretärin Dr. Ophelia Nick angemeldet, die den Messerundgang jedoch aus terminlichen Gründen kurzfristig absagen musste. An ihrer Stelle nahm Frau Dr. Severin Fischer, Staatssekretärin in der Berliner Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe, teil.

Beide Veranstaltungen bildeten den geselligen Ausklang der Messetage Mittwoch und Donnerstag. Die „BVEO-Traders Party“ am Mittwoch, den 7. Februar 2024, fand in dieser Form zum zweiten Mal statt. Viele Mitglieder und Freunde der BVEO folgten der Einladung. Dr. Christian Weseloh eröffnete den Abend mit seiner Begrüßungsrede, gefolgt von einem Grußwort des Projektleiters der FRUIT LOGISTICA, Kai Mangelberger.

In Kooperation mit der BVEO lud die QS-Qualität und Sicherheit GmbH am Donnerstagabend, den 8. Februar 2024, Geschäftspartner und Pressevertreter zur traditionellen „Blauen Stunde“ in die Lounge des BVEO-Gemeinschaftsstandes ein.

In guter Tradition lädt die BVEO jedes Jahr anlässlich der Fruit Logistica zum Präsidentenrundgang über den BVEO-Gemeinschaftsstand ein. Am Donnerstag folgten der Einladung zum Präsidentenrundgang Joachim Rukwied (Präsident DBV), Dieter Krauß (Präsident DFHV), Franz-Josef Holzenkamp, (Präsident DRV), Jens Stechmann (Vorsitzender BOG), Christian Ufen (Vorsitzender Fachgruppe Gemüsebau im BOG), Olaf Feuerborn (Vorsitzender UNIKA), Johannes Bliestle (Vorsitzender BVEO), Bernhard Krüsken (Generalsekretär DBV), Bertram Fleischer (Generalsekretär ZVG), Jörg Migende (Hauptgeschäftsführer DRV), Birgit Buth (Geschäftsführerin DRV), Dr. Sebastean Schwarz (Geschäftsführer UNIKA) und Dr. Andreas Brügger (Geschäftsführer DFHV). Während des Rundgangs konnten sich die Vertreter der befreundeten Verbände ein Bild davon machen, wie sich die deutschen Erzeugerorganisationen auf der Weltleitmesse Fruit Logistica präsentieren.

### **Norddeutsche Obstbautage in Jork**

Die Norddeutschen Obstbautage sind am Donnerstag, den 15. Februar, erfolgreich zu Ende gegangen. Zwei Tage lang präsentierten 200 Aussteller auf 13.000 Quadratmetern den Besuchern neue Trends und Entwicklungen. Den Auftakt vor der Messe bildeten Fachvorträge zu den Themen Resistenzen, Forschung zur Lagerung von Äpfeln und Wirkung der Entblätterung von Apfelanlagen. Auf der anschließenden Mitgliederversammlung des Obstbauvereins im Alten Land e.V. (OVR) wurde Jens Stechmann nach 24 Jahren erfolgreicher Arbeit als Vorsitzender verabschiedet.

Als Nachfolger auf dem Posten des 1. Vorsitzenden wurde Karsten Palm einstimmig gewählt. Nachfolgend beschloss der OVR einstimmig Jens Stechmann zum Ehrenvorsitzenden zu wählen.

Viele Politiker nutzten die Obstbautage, um sich ein Bild über und von der Lage im Obstbau zu machen. Höhepunkt war der Besuch des Bundesministers für Ernährung und Landwirtschaft, Cem Özdemir. Nach dem Rundgang des Ministers fanden sich über 500 Teilnehmer in der Festhalle ein, um den Reden des Vorsitzenden der Fachgruppe Obstbau im Landvolk Niedersachsen, Claus Schlieker, und des Vorsitzenden der Bundesfachgruppe Obstbau im Bundesausschuss Obst und Gemüse, Jens Stechmann, zuzuhören.

Claus Schlieker betonte die schwierige Situation des Obstbaus und verdeutlichte dies mit den fehlenden Auszubildenden auf den Betrieben. Dabei stellt er fest, dass die deutschen Alleingänge der Treiber der Probleme im deutschen Obstbau sind. Auf dem Weltmarkt zu konkurrieren und gleichzeitig andere Standards für die eigene Produktion ansetzen ist in der aktuellen wirtschaftlichen Situation nicht nachhaltig.

In der nachfolgenden Rede veranschaulichte Jens Stechmann die Fehlentscheidungen der Bundesregierung, indem er auf die Außer-Haus-Verpflegung und den Bürgerrat einging. Der Fokus auf ökologische Lebensmittel führe hier in die Irre, es müssten auch die 87 Prozent integriert wirtschafteten Betriebe unterstützt werden. Darüber hinaus thematisierte er den dringenden Handlungsbedarf bei den Zulassungen für Pflanzenschutzmittel und den Saisonarbeitskräften.

Einig waren sich beide Vertreter des Obstbaus auch darin, dass es neben der Ankündigung

von Dingen wie Entbürokratisierung auch einer Umsetzung bedürfe, auch wenn dies nicht zum Nulltarif machbar ist. Bundesminister Cem Özdemir hielt die Abschlussrede der Veranstaltung, in der er die angesprochenen Probleme und aufgezeigten Lösungsvorschläge der Obstbauern leider nur an wenigen Stellen aufnahm. Es bleibt daher weiterhin abzuwarten, ob den wohlklingenden Worten auch konkrete Taten folgen.

### **Eckpunkte zum Pflanzenschutzprogramm**

Im Rahmen des jährlichen Forums zum Nationalen Aktionsplan Pflanzenschutz hat Staatssekretärin Bender in dieser Woche erste Eckpunkte für das geplante Reduktionsprogramm Pflanzenschutz vorgestellt. Gegenüber den bisherigen Ankündigungen der letzten zwölf Monate ist – vermutlich mit Blick auf das Scheitern der SUR und die aktuellen Proteste – nicht mehr von einem Pflanzenschutz-Reduktionsprogramm, sondern von einem Zukunftsprogramm Landwirtschaft die Rede. Trotz der Ablehnung der SUR will das BMEL an einer Reduktionsstrategie festhalten, die Ziele und Maßnahmen aber gemeinsam mit den Praktikern entwickeln. Das Programm soll neben der Reduktion des PSM-Einsatzes um 50 % bis 2030 bestehen aus einer Weiterentwicklung des Nationalen Aktionsplans, einer Stärkung des Integrierten Pflanzenschutzes, einer Schaffung von zehn % Refugialflächen in der Agrarlandschaft, Information und Beratung, Forschung, Förderung und einer Stärkung von Schutzmaßnahmen in Schutzgebieten. Verbesserungen/Beschleunigungen bei der Zulassung sollen ebenso enthalten sein wie eine wissenschaftliche Prüfung einer Pflanzenschutzsteuer/-abgabe oder eines Lizenzsystems für PSM. In Bezug auf die PSM-Abgabe wurde jedoch bereits deutlich betont, dass eine Umsetzung in dieser Legislaturperiode nicht mehr erfolgen wird. Mehrfach wurde be-

kräftigt, dass sowohl die Erarbeitung/Umsetzung des Programms kooperativ mit den Praktikern erfolgen soll, als auch in Schutzgebieten über das niederländische Modell der Naturschutzgenossenschaften Verbesserungen im Pflanzenschutz und bei der Erreichung von Naturschutzziele angestrebt werden. Aus Sicht des BOG wird das angekündigte Programm trotz der Namensänderung und der Betonung der Kooperationsbereitschaft als nationaler Alleingang angesehen und bezweifelt, dass alle Maßnahmen auf kooperativer Ebene umgesetzt werden.

Bei der Schaffung von zehn % Rückzugsflächen ist es zwar besser, bereits vorhandene Strukturen auf und außerhalb der landwirtschaftlichen Fläche zu berücksichtigen, als - wie vom UBA gefordert – pauschal zehn % der behandelten Ackerfläche vom Pflanzenschutz auszunehmen. Eine Verpflichtung in der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung zu verankern, ist jedoch der falsche Ansatz. Voraussichtlich Ende Februar wird das BMEL einen Entwurf für das Zukunftsprogramm Pflanzenschutz in die Verbändeanhörung einbringen. Damit steht das Verfahren bereits im Widerspruch zu einem partizipativen Beteiligungsprozess.

### **Agrarstatistikgesetz**

Die Bundesregierung plant, das Agrarstatistikgesetz zum 1. Januar 2025 zu novellieren. Grund dafür sind vor allem erweiterte Berichtspflichten Deutschlands gegenüber der EU. So sollen künftig unter anderem Daten zu Bodennutzung, Viehbeständen und Naturalerträgen getrennt nach „konventionell“ und „ökologisch“ erhoben werden. Kleinere Änderungen sind auch in der Marktordnungswarenmeldeverordnung und im Pflanzenschutzgesetz vorgesehen. Die Ausweitung der Meldepflichten wird grundsätzlich kritisch gesehen. Der BOG wird daher sehr genau darauf achten,

dass nur jene Erhebungen durchgeführt werden, die europarechtlich verpflichtend sind (1:1-Umsetzung). Wichtig ist auch, dass vorrangig vorhandene Verwaltungsdaten und andere Quellen für die Agrarstatistik genutzt werden.

### **Energie- und Ressourceneffizienz in der Wirtschaft**

Seit dem 15. Februar 2024 ist die Bundesförderung für Energie- und Ressourceneffizienz in der Wirtschaft (295) (EEW) wieder geöffnet. Mit der Öffnung geht auch eine Novellierung der Förderrichtlinie einher. Für geschützten Anbau und Betriebsgebäude ist das Modul 2 des EEW, Prozesswärme aus Erneuerbaren Energien, relevant. Mit diesem Programm wurden in den letzten Jahren eine Vielzahl von Investitionen in Wärmeerzeuger aus erneuerbaren Energien gefördert. Mit dem neuen Programmstart geht eine Novellierung der Richtlinie einher, die wesentliche Änderungen mit sich bringt. Mit der neuen Förderrichtlinie darf in allen Modulen erst nach der Förderzusage begonnen werden. Ein vorzeitiger Maßnahmenbeginn kann jedoch beantragt werden. Die Fördersätze werden deutlich gesenkt, dafür werden nicht mehr nur die Investitionsmehrkosten, sondern die gesamten Investitionskosten gefördert.

#### Gefördert werden:

- Solarkollektoranlagen zur direkten Gewinnung von Wärme aus Sonnenstrahlung,
- Wärmepumpen, die die nutzbar zu machende Wärme erneuerbaren aerothermischen, geothermischen, hydrothermischen oder solaren Energiequellen entziehen und ausschließlich mit „erneuerbarem Strom“ betrieben werden,
- Anlagen zur Erschließung und Nutzbarmachung von oberflächennaher und tiefer Geothermie,
- Anlagen zur Verfeuerung von fester Biomasse,

- Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen zur Erzeugung/Bereitstellung von Wärme und elektrischer Energie (KWK-Anlagen) durch Nutzung von fester pflanzlicher Biomasse, Sonnenstrahlung oder Geothermie.

Der ZVG hat gegen die Änderung der Förderung und die Schlechterstellung der Biomasse-Feuerungsanlagen Stellung bezogen, der leider nicht Rechnung getragen wurde. Das Bundesprogramm Energieeffizienz der BLE ist leider noch nicht wieder geöffnet. Wir erwarten dies aber in Kürze. Nach unseren Informationen wird es keine Änderungen der Förderkriterien im Bundesprogramm geben, jedoch - aufgrund der aktuellen Haushaltslage - eine deutliche Reduzierung der zur Verfügung stehenden Mittel. Weitere Informationen, wie Antragsunterlagen etc. finden Sie [hier](#).

### **Maßnahmenpaket Zukunft Gartenbau**

Am 27. Februar übergaben Vertreter aus Praxis, Branchenorganisationen, Wissenschaftlern und Verbänden das „Maßnahmenpaket Zukunft Gartenbau“ an die Staatssekretärin des BMEL, Silvia Bender. Staatssekretärin Bender hat im Rahmen der Veranstaltung den Branchenvertretern zugesagt, die Maßnahmen zwecks Umsatzmöglichkeiten im BMEL und dort, wo nötig, innerhalb der Ressorts und Länder abzustimmen. Die Inhalte des Maßnahmenpakets sollen zudem in die kommende AMK einfließen. Im Sommer wird das BMEL die Vertreter erneut einladen, um über den Fortgang des Prozesses zu informieren und ggf. weitere Schritte zu eruieren. Vorangegangen war der Zukunftskongress Gartenbau im Oktober 2022, nach dem das Thünen-Institut vom BMEL beauftragt wurde, eine Analyse zum Thema Chancen- und Risiken für den Obst- und Gemüsebau in Deutschland zu erstellen. Die Ergebnisse dieser Thünen-Studie dienen als Grundlage für einen anschließenden inten-

siven Diskussionsprozess unter den Beteiligten. Im September vergangenen Jahres haben sich aus diesem Prozess zwei Arbeitsgruppen konstituiert. Die erste AG "Aspekte des Wandels in Betrieb und Markt, durch Klimawandel und Umwelt, im Produktionssystem und in der Kommunikation", unter Leitung von Bertram Fleischer (Generalsekretär Zentralverband Gartenbau), hat sich hauptsächlich mit der nötigen Absicherung der Produktionsfaktoren und deren flankierenden Maßnahmen beschäftigt. In dieser AG war die BVEO mit eingebunden. Die zweite AG „Technologie, Digitalisierung, Ausbildung und Forschung“, unter Leitung von Prof. Maria Finck (Leitung ökol. Pflanzenschutz Uni Kassel), hat die nötigen Forschungsstrukturen auf der Makroebene eruiert. Die Ergebnisse sind einmal komplett [hier](#) abzurufen und eine Zusammenfassung ist [hier](#) zur Verfügung gestellt.

### **EUROPA**

#### **Europalisten von SPD und FDP bestätigt**

Im Februar wurden die Europawahllisten der SPD und FDP nominiert. Damit stehen nun die Spitzenkandidaten der deutschen Parteien fest.

- CDU: Ursula von der Leyen (vsl. Europaweite EVP-Spitzenkandidatin)
- CSU: Manfred Weber
- SPD: Katharina Barley
- Grüne: Terry Reintke (kandidiert als eine von zwei europaweiten Spitzenkandidaten)
- AfD: Maximilian Krah
- FDP: Marie-Agnes Strack-Zimmermann
- Freie Wähler: Christine Singer

#### **GAP: Diskussion über Vereinfachung**

Aktuell kursieren in Brüssel viele Vorschläge zur Vereinfachung der GAP. Neben einem Papier der belgischen Ratspräsidentschaft, das vom Agrarrat der Mitgliedstaaten diskutiert

werden soll, hat die Europäische Kommission ein sogenanntes Non-Paper zu ihren Vorschlägen herausgebracht. Dieses enthält auch diverse Vorschläge zur Vereinfachung der GAP u. a. bei GLÖZ-Standards. Diese müssten aber auch von Mitgliedstaaten angenommen werden. Die jeweilige Wirksamkeit der weiteren Vorschläge auf den Betrieben gilt es aber sachlich einzuordnen. Zudem kommt auch Druck aus dem Parlament über den Agrarausschussvorsitzenden Norbert Lins Erleichterungen zu vollziehen. All diese Initiativen gilt es mit Bedacht zu bewerten. Auch mit der zeitlichen Nähe zum Europawahlkampf werden derzeit keine großen Schritte erwartet, dennoch werden wir uns konstruktiv einbringen.

### **Verpackungsverordnung**

Nach der Abstimmung am 22. November 2023 über die Europäische Verpackungsverordnung (PPWR), bei der viele Vorschläge der Kommission abgeräumt wurden, geht es weiter in die Trilog-Verhandlungen. Am 10. Januar 2024 begannen die ersten Gespräche der Verhandlungsführer auf fachlicher Ebene, bevor es am 5. Februar die erste politische Trilog-Verhandlung zur PPWR gab.

Aktuell wird ein Verbot von Plastikverpackungen für Obst, Gemüse und Kartoffeln von weniger als 1,5 kg, sowie für Plastiktöpfe zum Verkauf und Transport von Blumen angedacht.

Schon vor dem politischen Trilog waren der DRV/BVEO, ZVG, BOG und auch weiteren Verbänden aktiv im Austausch mit EU-Abgeordneten und wiesen auf die Folgen eines Verpackungsverbots hin. Mit den europäischen Dachverbänden Copa-Cogeca und Freshfel (über die BVEO) sind wir auch in den Triolog-Verhandlungen im engen Austausch mit den Parlamentariern und setzen uns dafür ein, dass Kunststoff weiterhin als Verpackungsmaterial eingesetzt wird.

Aktuell haben die Branchenverbände EuPc, Industrievereinigung Kunststoffverpackung (IK) und Elipso ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben, das zeigen soll, dass die im Rahmen der geplanten EU-Verpackungsverordnung diskutierten Sonderregeln für Kunststoffverpackungen und Ausnahmen für andere Verpackungsmaterialien sehr wahrscheinlich nicht mit dem EU-Recht vereinbar wären. Laut dem Gutachten wird mit der PPWR gegen den EU-Gleichbehandlungsgrundsatz verstoßen, weil hierdurch höchst wahrscheinlich Kunststoffverpackungen diskriminiert werden. Über das weitere Verfahren halten wir Sie auf dem Laufenden.

Die nächste Trilog-Verhandlung wird am 4. März stattfinden. In der Zwischenzeit wird fachlich weiter an der Ausgestaltung gearbeitet. Nach unserem Kenntnisstand ist derzeit die komplette Thematik der Verpackung von Obst, Gemüse und Kartoffeln noch offen. Es gibt in den uns vorliegenden Vorschlägen noch keine Einlassung zu Obst, Gemüse und Kartoffeln.

### Zeitplan:

Am 4. März soll die Trilog-Verhandlung mit der Ergebnisverkündung beendet werden, dass ist derzeit nach unserer Einschätzung nicht zu erreichen. Würde es erreicht werden, müsste der Umweltausschuss über das Ergebnis der Verhandlungen abstimmen. Damit kann dann ab Mitte März mit der sprachjuristischen Prüfung durch die Kommission begonnen werden. Diese benötigt ungefähr vier bis sechs Wochen. Abschließend wäre eine Abstimmung im Parlament in der Woche vom 22. April möglich. Dies ist die letzte Woche der laufenden Legislatur. Kommt es am 4. März zu keiner Einigung im Trilog-Verfahren ist ein Abschluss in dieser Legislatur nicht mehr wahrscheinlich.